

Gießen, den 30.06.2023

Antworten der AfD Hessen auf die Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2023 des Landesjagdverbandes Hessen e.V.

Jagdpolitik

- 1. Unterstützen Sie die Forderung nach einem eigenständigen Ministerium für Landwirtschaft, Wald- und Forstwirtschaft, Jagd und ländlichen Raum.***

Die Anliegen des ländlichen Raumes finden derzeit nicht ausreichend Berücksichtigung in den politischen Entscheidungsprozessen. Die Herausforderungen für den ländlichen Raum sind vielfältig, die Entscheidungen darüber dürfen nicht - wie derzeit - über die Köpfe der Betroffenen hinweg und auf ideologischer Grundlage gefällt werden. Die Forderung ist insofern berechtigt und wird von uns unterstützt.

- 2. Werden Sie, wenn Ihre Partei in Regierungsverantwortung kommt, dafür sorgen, dass das zuständige Jagdreferat von einer Jägerin oder einem Jäger geleitet wird?***

Dies sollte eine Selbstverständlichkeit sein, nicht nur beim Jagdreferat. Die gelebte politische Praxis, dass wichtige Positionen häufig mit Fachfremden besetzt werden, trägt maßgeblich dazu bei, dass viele Probleme in diesem Land nicht gelöst oder sogar verschärft werden.

- 3. Setzen Sie sich für die bewährte Beibehaltung der getrennten Rechtskreise Jagdrecht und Naturschutzrecht ein?***

Diese Trennung hat sich bewährt und sollte beibehalten werden, insbesondere zur Verhinderung einer schleichenden Enteignung von Grund und Boden.

Jagdgesetz

- 1. Werden Sie, wenn Ihre Partei in Regierungsverantwortung kommt, das bewährte hessische Jagdgesetz sowie das Reviersystem auch in der nächsten Legislaturperiode erhalten und dafür sorgen, dass dieses nicht zu Lasten der Jägerschaft, der Jagd und des Wildes verändert wird?***

Wenn Veränderungen vorgenommen werden, sollten diese ausschließlich in Abstimmung mit Ihnen und nur zu Gunsten der Jägerschaft, der Jagd und des Wildes stattfinden.

- 2. Werden Sie im Besonderen dafür sorgen, dass die Pflicht zur Bildung von Hegegemeinschaften gemäß § 10a BJagdG in Verbindung mit § 9 HJagdG gesetzlich verankert bleibt und ein Austritt aus einer Hegegemeinschaft gesetzlich untersagt wird?**

Da Wildtiere sich nicht an Jagdreviergrenzen halten, ist eine revierübergreifende Abstimmung zwingend notwendig. Die Pflicht zur Bildung der Hegegemeinschaften muss somit zwingend erhalten bleiben, dem fragwürdigen Austritt über Schlupflöcher sollte ein gesetzlicher Riegel vorgeschoben werden.

- 3. Werden Sie im Besonderen dafür sorgen, dass die gesetzlich (§§ 21, 26, 26a, 26b, 27 und 30 HJagdG) verankerten Aufgabenbereiche der Hegegemeinschaften erhalten bleiben?**

Die dezentrale Struktur mit den Hegegemeinschaften hat sich über viele Jahrzehnte bewährt. Die Herausforderungen der Hegegemeinschaften erfordern Kenntnisse vor Ort. Das Erarbeiten von Lösungen sollte somit ebenfalls vor Ort erfolgen, weil Pauschallösungen aus Wiesbaden meistens nicht zielführend sind. Auch sollten die ehrenamtlich aufgebauten Strukturen nicht nach und nach durch eine Reduzierung der Aufgabenbereiche zerschlagen werden.

- 4. Werden Sie im Besonderen dafür sorgen, dass der gesetzlich (§§ 29, 31, 32 HJagdG) verankerte Jagdschutz uneingeschränkt erhalten bleibt?**

Die Jägerschaft geht sehr verantwortungsvoll mit den im Rahmen des Jagdschutzes zugeteilten Aufgaben um. Der Jagdschutz sollte somit uneingeschränkt erhalten bleiben.

- 5. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die zwanzig hessischen Rotwildgebiete aufgelöst werden, damit das Rotwild wieder artgerecht wandern kann, um die konkret bedrohte genetische Diversität unseres größten freilebenden heimischen Säugetiers sicherzustellen?**

Der genetische Zustand der hessischen Rotwildpopulationen ist in Teilen besorgniserregend. Die derzeitigen Hürden für den genetischen Austausch zwischen den Populationen sollten sofern machbar, umgehend abgebaut werden. Das Auflösen der Rotwildgebiete wäre ein einfacher Schritt, der schneller und deutlich günstiger umgesetzt werden kann, wie zum Beispiel der ebenfalls erforderliche Bau von weiteren Grünbrücken.

- 6. Werden Sie sich für eine Überarbeitung der Schalenwildrichtlinie des HMUKLV, die ebenfalls die genetische Vielfalt des Rotwildes bedroht, einsetzen?**

Die Überarbeitung der Schalenwildrichtlinie wäre ebenfalls eine einfache und schnelle Maßnahme, die vorgenommen werden sollte.

- 7. Setzen Sie sich dafür ein, dass Jagdflächen von juristischen Personen nicht für befriedet erklärt werden können, damit kein Flickenteppich zwischen bejagbaren und nicht bejagbaren Flächen entsteht?**

Eine Bejagung sollte immer flächendeckend erfolgen können. Die Interessen Einzelner sind diesbezüglich dem Gemeinwohl unterzuordnen.

Jagdverordnung

1. **Werden Sie, wenn Ihre Partei in Regierungsverantwortung kommt, die Beschränkungen der Jagdausübung durch die Hessische Jagdverordnung aus den Jahren 2015 und 2022 rückgängig machen?**

Nicht nur die Beschränkungen aus 2015 und 2022 gehören rückgängig gemacht. Auch die 2020 erfolgte Änderung der Jagdverordnung, bei der die Schonzeiten eingekürzt wurden, gehört auf den Prüfstand gestellt.

2. **Werden Sie sich im Besonderen (unter Beachtung des Elterntierschutzes) einsetzen für die:**

- a) **ganzjährige Bejagung der Füchse?**

U.a. durch die Tollwutimmunsierung ist die Fuchspopulation eindeutig zu hoch und sie gefährdet vielerorts die Artenvielfalt. Unnötige Einschränkungen bei der Bejagung sollten somit vermieden bzw. rückgängig gemacht werden.

- b) **ganzjährige Bejagung des Waschbären sowie von Marderhunden, Mink und Nutria, die als invasive Arten nach EU-Recht einzudämmen sind?**

Insbesondere bei den invasiven Arten sollte dies eine Selbstverständlichkeit sein. Es ist unverständlich, dass dieselben die sich bei dem Thema Wolf gerne hinter EU-Recht verstecken, in diesem Punkt das EU-Recht vollkommen ignorieren und sogar noch konterkarieren, weil die Bejagung nicht in das ideologisch geprägte Weltbild passt.

- c) **Wiedereinführung von Jagdzeiten für alle Marder und Wiesel?**

Die reine Tatsache, dass die Arten inzwischen nur wenig bejagt wurden, rechtfertigt kein Verbot. Dort wo eine Bejagung erforderlich ist, sollte diese stattfinden können. Die Entscheidung darüber sollte ausschließlich im Ermessen der Jägerschaft liegen.

- d) **Wiedereinführung von Jagdzeiten für Türkentaube, Lach-, Sturm-, Silber-, Mantel- und Heringsmöwen?**

Dort wo Möwen zur Plage oder zum Problem für die Artenvielfalt werden, sollte eine Bejagung möglich sein. Auch in diesem Punkt sollte die Entscheidung darüber ausschließlich im Ermessen der Jägerschaft liegen.

- e) **Bejagung der Graugänse auf der gesamten Fläche Hessens?**

Die Population der Graugänse wächst und Konflikte mit der Landwirtschaft sind vorprogrammiert. Eine Regulierung sollte somit flächendeckend möglich sein.

3. **Werden Sie den Erlass, der die Finanzierung von Maßnahmen des aktiven Prädatorenmanagements (Fangjagd etc.) aus Mitteln des Naturschutzes in Schutzgebieten untersagt, aufheben?**

Viele seltene Arten werden in den Schutzgebieten, insbesondere von den invasiven Arten, stark bedroht. Die Fangjagd ist ein essenzieller Baustein bei der effektiven Bejagung dieser Arten. Es ist unverständlich, dass Jäger und andere ehrenamtliche Naturschützer, die mit viel Engagement die Naturschutzgebiete betreuen, derzeit mit eigenem Geld die dringend benötigten Fallen kaufen müssen. Der Erlass sollte somit umgehend aufgehoben werden.

- 4. Werden Sie die Eigenverantwortung der Jägerinnen und Jäger sowohl bei der Bestandserfassung (z. B. Wildtiermonitoring, Feldhasentaxation) als auch bei der Bejagung in den Mittelpunkt stellen und dafür sorgen, dass die Besätze künftig ausschließlich von der Jägerschaft erhoben und gemeldet werden?**

Die Jägerinnen und Jäger erfüllen diese Aufgabe bereits seit vielen Jahrzehnten freiwillig und sie haben die Expertise dazu. Die Jägerschaft hat selbst ein Interesse daran, jagdbare Besätze zu erhalten. Das Misstrauen, das Ihnen diesbezüglich entgegengebracht wird, ist somit nicht gerechtfertigt.

- a) Werden Sie in diesem Zusammenhang das freiwillige Wildtiermonitoring (Wildtierinformationssystem der Länder Deutschland – WILD) der hessischen Jägerschaft finanziell (ggfs. aus der Jagdabgabe) unterstützen?**

Der Wildbericht ist ein wertvoller Bericht. Nahezu jede Art von Wildtiermonitoring wird finanziell unterstützt. Warum sollte dies nicht der Fall sein, wenn die Erfassung durch Jägerinnen und Jäger erfolgt?

- 5. Werden Sie die Streichung einzelner Aufgabenübertragungen auf den Landesjagdverband Hessen rückgängig machen?**

Der Landesjagdverband Hessen hat seine Aufgaben zu jederzeit verantwortungsvoll wahrgenommen. Die politische Ausgrenzung sollte ein Ende finden.

Fördermittel aus der Jagdabgabe

- 1. Setzen Sie sich dafür ein, dass die zweckgebundene Jagdabgabe, die von den hessischen Jägerinnen und Jäger bei der Lösung eines Jagdscheines in Höhe von insgesamt durchschnittlich 750.000 Euro pro Jahr gezahlt werden muss, im Rahmen der Projektförderung zum überwiegenden Teil wieder unbürokratisch an den Landesjagdverband Hessen, die hessischen Jagdvereine und die Hegegemeinschaften zur Förderung des Jagdwesens ausgeschüttet wird?**

Es handelt sich bei dem Geld aus der Jagdabgabe größtenteils um Geld, das von Ihren Mitgliedern bezahlt wird und nicht um Steuergeld. Das Geld sollte Ihnen somit auch unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden.

- 2. Werden Sie im Besonderen dafür sorgen, dass die Mittel aus der Jagdabgabe weder unmittelbar noch mittelbar zur Finanzierung der Wildforschungsstelle und des Artenschutzentrums eingesetzt werden?**

Die mit der Forschungsstelle und dem Artenschutzzentrum verbundenen Kosten würden große Teile der Gelder aus der Jagdabgabe verschlucken. Da das HMUKLV bereits mehrfach gezeigt hat, dass wissenschaftliche Erkenntnisse nur dann eine Rolle spielen, wenn sie die eigene Vorgehensweise unterstützen, ist davon auszugehen, dass eine politische Einflussnahme auf die Arbeit erfolgen wird und, dass mit Ihrem eigenen Geld Ergebnisse produziert werden, welche anschließend gegen Sie verwendet werden. Des Weiteren ist es fragwürdig, ob noch mehr Geld für die Wissenschaft draußen zu einer Verbesserung führt. Die Finanzierung von Projekten durchgeführt von Praktikern vor Ort hat bislang weitaus größere Wirkung gezeigt.

- 3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Hochund Niederwildhegegemeinschaften wieder unbürokratisch und ohne Einzelnachweise eine pauschale Förderung erhalten?**

Die derzeitige Situation ist hochgradig unbefriedigend und sie zielt darauf ab, die Hegegemeinschaften weiter zu schwächen. Im Rahmen der Stärkung der Hegegemeinschaften sollte auch wieder eine pauschale Förderung stattfinden.

- 4. Werden Sie die unbürokratische Förderung der Prüfungsvereine zur Erlangung der Brauchbarkeit für Jagdgebrauchshunde in Hessen wieder einführen?**

Die Ausbildung von brauchbaren Jagdhunden ist im Hinblick auf den Tierschutz unerlässlich. Unnötige Hürden sollten dabei umgehend abgebaut werden.

- 5. Setzen Sie sich weiterhin dafür ein, dass die über die Obere Jagdbehörde anerkannten Nachsuchengespanne eine unbürokratische Förderung auf Basis der bereits vorliegenden Nachsuchendokumentation für die jeweiligen (Schweiß-)hundeverbände erhalten und dass die Pauschale für gefahrene Kilometer mit dem privaten Kraftfahrzeug auf 0,35 Euro je Kilometer erhöht wird?**

Die Nachsuchengespanne leisten eine äußerst wichtige Arbeit, auch hier sollte jegliche unnötige Hürde abgebaut werden.

- 6. In der Vergangenheit hat der LJV Hessen gegenüber mehreren vorgelegten Förderanträgen im Rahmen des Anhörungsrechts widersprochen, da z. B. identische Forschungsvorhaben aktuell in anderen Bundesländern durchgeführt wurden. Dennoch wurde den Förderanträgen seitens des HMUKLV entsprochen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass dem Landesjagdverband Hessen statt eines Anhörungsrechts bei der Vergabe von Mitteln aus der Jagdabgabe ein Vetorecht eingeräumt wird?**

Der Landesjagdverband hat aus guten Gründen ein Anhörungsrecht. Wenn Ihre Einwände vollständig ignoriert werden, kann ein Vetorecht zumindest für größere Fördersummen ein Teil der Lösung sein.

Afrikanische Schweinepest (ASP)

- 1. Setzen Sie sich gerade vor dem Hintergrund der Prävention der ASP dafür ein, dass keine Gebühren für Trichinenproben für sämtliches Schwarzwild anfallen?**

Es ist davon auszugehen, dass durch das Entfallen der Gebühren mehr Schwarzwild erlegt wird, insbesondere mehr Frischlinge. Die Kosten der Übernahme der Gebühren der Trichinenproben stehen in keinem Verhältnis zu den Kosten die bei einem Ausbruch der ASP entstehen werden, insofern sollte dies flächendeckend Teil des Maßnahmenpaketes sein.

a) erlegte Frischlinge durch ein staatliches Programm angekauft werden?

Es ist davon auszugehen, dass ein solches Programm mit einem erheblichen Bürokratieaufwand verbunden ist und, dass die Frischlinge am Ende in einer Tierbeseitigungsanlage landen. Das Schaffen von weiteren Erlegungsanreizen, zum Beispiel das Bezahlen einer Aufwandsentschädigung für die Entnahme von Schweißproben, ist vermutlich effektiver und die Frischlinge würden weiterhin sinnvoll verwertet werden.

b) ein Haftungsausschluss für die Jägerschaft erfolgt, die tot aufgefundene Wildschweine beproben?

Es ist davon auszugehen, dass ein solches Programm mit einem erheblichen Bürokratieaufwand verbunden ist und, dass die Frischlinge am Ende in einer Tierbeseitigungsanlage landen. Das Schaffen von weiteren Erlegungsanreizen, zum Beispiel das Bezahlen einer Aufwandsentschädigung für die Entnahme von Schweißproben, ist vermutlich effektiver und die Frischlinge würden weiterhin sinnvoll verwertet werden.

c) die ganzjährige Schwarzwildbejagung auch auf Flächen des Landesbetriebes Hessen Forst und in Naturschutzgebieten erfolgt?

Wenn die Schwarzwildpopulation abgesenkt werden soll, wird dies nur gelingen, wenn die Bejagung flächendeckend und dauerhaft erfolgt. Große Rückzugsgebiete in den Staatswäldern und in den Naturschutzgebieten in denen ein Großteil des Jahres nicht auf Schwarzwild gejagt wird, sind in diesem Zusammenhang kontraproduktiv.

d) keine Gebühren für die Beschilderung bei Drückjagden erhoben werden?

Die Bejagung dient dem Gemeinwohl und zum Schutz der Autofahrer und der Jagdhunde ist es wichtig, dass eine Beschilderung stattfindet. Die Kosten sollten somit nicht auf die Jägerschaft abgewälzt werden.

e) die Vermarktung von erlegtem Schwarzwild hessenweit durch klare Vorgaben an die Veterinärämter rechtssicher und ohne bürokratische Hürden durch den Jagdausübungsberechtigten erfolgen kann?

Die Veterinärämter sollten eine Unterstützung für die Jägerschaft sein, keine weitere Hürde. Ein einheitliches und unbürokratisches Vorgehen ist somit erforderlich.

Steuern

1. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Jagdsteuer hessenweit abgeschafft wird?

Die Jagdsteuer ist ein Relikt der Vergangenheit. Die Jagd dient dem Gemeinwohl und sie ist bereits mit erheblichen Kosten verbunden. Eine solche Tätigkeit sollte nicht zusätzlich noch besteuert werden.

- 2. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Hundesteuer für anerkannte Jagdgebrauchshunde hessenweit abgeschafft wird?***

Da brauchbare Hunde für eine erfolgreiche und tierschutzgerechte Jagd unerlässlich sind, dienen die Hunde ebenfalls dem Gemeinwohl. Ein Entgegenkommen in Form einer Steuererleichterung ist somit gerechtfertigt.

Arten und Naturschutz

- 1. Setzen Sie sich dafür ein, dass in Hessen unabhängige Wissenschafts- und Forschungsinstitute in Abstimmung mit dem Landesjagdverband mit Untersuchungen rund um die jagdbaren Wildarten in Hessen beauftragt werden und dass die an das grüne Umweltministerium angegliederte Wildforschungsstelle geschlossen wird?***

Die Wissenschaft sollte unabhängig sein, die ständige Einflussnahme durch die Politik gefährdet das Ansehen der Wissenschaft. Eine dem Ministerium angegliederte Forschungsstelle ist somit grundsätzlich abzulehnen. Wenn externe Wissenschaftler beauftragt werden, sollte die Beauftragung von einer breiten Basis mitgetragen werden. Da der Landesjagdverband den Großteil der Jägerinnen und Jäger in Hessen vertritt, sollte er in die Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden.

- 2. Setzen Sie sich für Lebensraumkorridore – auch durch Grünbrücken – für wildlebende Tiere und Pflanzen ein, damit diese erschaffen und erhalten werden können?***

In der von uns Menschen gestalteten Kulturlandschaft sind viele Tiere und Pflanzen in ihrer Existenz bedroht. Langfristig wird es nicht ausreichend sein, wenn wir nur verinselte Vorkommen haben. Korridore sollten somit erhalten bleiben und dort wo sie verschwunden sind, neu geschaffen werden.

Wolf

- 1. Werden Sie den Wolf in die Liste der jagdbaren Arten nach dem Beispiel von Niedersachsen aufnehmen?***

Da das Jagdrecht sowohl Schutzrecht als auch Instrument zur Lösung von Konflikten und zum Ausgleich von Interessen ist, bietet es im Gegensatz zum Naturschutzrecht als reines Schutzrecht, die ideale Grundlage für eine unbürokratische Regulierung der Wolfspopulation. Auch im Sinne des Tierschutzes ist die Aufnahme ins Jagdrecht wünschenswert, da eine Entnahme von kranken oder verletzten Tieren schnell und unbürokratisch erfolgen kann

- 2. Werden Sie – wie etwa in Schweden – unionsrechtskonform zur Bestandsregulierung des Wolfes auch in Hessen eine Entnahme ermöglichen?***

Der günstige Erhaltungszustand ist unseres Erachtens längst erreicht, die Zahl der Nutztierrisse hat ein nicht mehr tragbares Ausmaß angenommen und das Zerschneiden von Lebensräumen mit hohen Stromzäunen ist keine dauerhafte Lösung. Es führt somit kein Weg an einer Bestandsregulierung vorbei.

3. Sollen nach Ihrer Auffassung auffällige Wölfe in Hessen zum Schutz der Bevölkerung, der Weidehaltung und Pferde unbürokratischer entnommen werden können?

Zum Schutz von Mensch und Tier sollten auffällige Wölfe umgehend entnommen werden können. Auch für die langfristige Akzeptanz des Wolfes sind Entnahmen unumgänglich.

4. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Identität von Personen, die mit der Entnahme des Wolfes beauftragt werden (wie z. B. Jäger oder Forstbeamte), sicher geschützt wird?

Bei dem Radikalisierungsgrad einiger Tierschützer ist der Schutz leider erforderlich, er sollte somit behördlicherseits gewährt werden.

5. Werden Sie für Jagdgebrauchshundeführer für Rechtssicherheit sorgen, die im Falle einer Bedrohung ihres Jagdhundes durch den Wolf diese Gefahr notfalls auch mit der Schusswaffe abwehren müssen?

Die derzeitige Rechtsprechung zu diesem Thema bietet bereits einige Sicherheit, eine zusätzliche gesetzliche Regelung schadet jedoch nicht. Kein Jäger sollte tatenlos zusehen müssen, wie sein Jagdhund und meistens gleichzeitig Familienmitglied von einem Wolf getötet wird, falls er zu einer Auseinandersetzung kommt.

Agrarpolitik

1. Welche agrarpolitische Weichenstellung halten Sie für notwendig, um einer weiteren Abnahme von bedrohten Arten der Feldflur praxisnah entgegenzuwirken (z. B. an die regionalen Gegebenheiten in Hessen angepasste Bearbeitungstermine nicht produktiver Flächen wie Stilllegungen und Brachflächen, Abschaffung der jährlichen Bewirtschaftungsverpflichtung („Mindesttätigkeit“), bessere Kombinierbarkeit von und flexibel ausgestaltete Agrarförderungen z. B. Agrarumweltmaßnahmen (AUKM) vs. Ökoregelungen)?

In erster Linie sollte ein deutlicher Abbau der bürokratischen Hürden stattfinden. Durch die riesige Bürokratie ist das derzeitige System teuer, hochkompliziert und ineffizient. Die derzeitigen Flächenprämien schaffen nach wie vor zu wenige Anreize Artenvielfalt zu fördern, das Sanktionsrisiko für Landwirte ist gleichzeitig zu groß. Anstelle von Mais zur Biogasproduktion sollten Alternativen aus Wildpflanzen gefördert werden.

Waffenrecht

- 1. Setzen Sie sich in der kommenden Legislaturperiode für eine Beibehaltung des bestehenden Waffenerwerbs- und -besitzrechts der hessischen Jägerinnen und Jäger ein?**

Deutschland hat bereits eines der schärfsten Waffengesetze der Welt, eine Verschärfung des Waffenrechts ist nicht erforderlich. Wir setzen uns somit für eine Beibehaltung des bestehenden Waffenerwerbs- und besitzrechts ein

- 2. Wird Ihre Partei auf Bundesebene eine Verschärfung des Waffengesetzes für Jägerinnen und Jäger – ggf. auch über ein Veto im Bundesrat – ablehnen?**

Wir lehnen die derzeitige Symbolpolitik zu Lasten der Legalwaffenbesitzer vollumfänglich ab, eine weitere Verschärfung werden wir somit nicht mittragen.

- 3. Setzen Sie sich dafür ein, dass Jägerinnen und Jäger in Hessen beim Thema Waffenaufbewahrung nicht durch Gebühren belastet werden?**

Ähnlich wie bei der Jagdsteuer, den Gebühren für Trichinenproben, Hundesteuer für brauchbare Jagdhunde sollten Menschen die sich für das Gemeinwohl einsetzen, auch hier nicht mit zusätzlichen Kosten konfrontiert werden.

Wahlaufruf

Warum sollen Jägerinnen und Jäger nebst ihren Angehörigen und Freunden sowie die Menschen des ländlichen Raumes, die durch das Aktionsbündnis Ländlicher Raum Hessen repräsentiert werden, Sie wählen?

Die Alternative für Deutschland ist derzeit die einzige echte Oppositionspartei in Deutschland, alle andere Parteien koalieren auf Bundesebene und/oder in den Ländern miteinander und tragen die derzeitige grüne Verbotspolitik, welche auch sehr zu Lasten des ländlichen Raumes geht, in weiten Teilen mit. Es reicht nicht, dass nur Kompromisse ausgehandelt werden, damit Schlimmeres verhindert wird. Die Politik sollte sich schützend vor Sie stellen, Sie ernst nehmen und Sie in Ihrem wichtigen Engagement unterstützen. Wir als Alternative für Deutschland werden deswegen keine weiteren Verschärfungen des Waffenrechtes und keine weiteren Beschneidungen des Jagdrechts mittragen.